

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	4/2014
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	25. März 2014
Zeit:	19:00 Uhr – 22:00 Uhr
Ort:	Sitzungssaal im Rathaus
Vorsitz:	Bürgermeister Althoff
Mitglieder anwesend:	Stadträtinnen Hohlwein, von Reumont, Oppelt, Endler und Groesser, Stadträte Eisenhauer, Rupp K., Rupp Ch., Bergsträsser, Berroth, Hertel, Keller, Schimpf, Schubert, Fritsch, Holschuh, Rehberger, Streib H., Volk, Katzenstein, Schmitz-Günther und Schwenk
weiter anwesend:	Ortsvorsteher Hoffmann, Frau Lutz und Herr Seiz (Amt 65), Herr Arnold und Herr Möhrle (Amt 20), Frau Henkel (Amt 10 / 11)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträte Fischer und K.-H. Streib
Urkundspersonen:	Stadträte Volk und Groesser
Sachvortrag:	Herr Arnold (zu TOP 4), Herr Seiz (zu TOP 5), Frau Henkel (zu TOP 6)
Schriftführerin:	Frau Polte

FRAGESTUNDE

Ein Waldhilsbacher Bürger aus dem Kohlackerweg nimmt Bezug auf seine in der Vergangenheit gegen den „Finanzausschuss“ der Stadt geäußerten Betrugsvorwürfe und reduziert diese.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Stadtrat Volk (Freie Wähler) den Antrag zur Geschäftsordnung, unter „Verschiedenes“ in der öffentlichen Sitzung den am Samstag der vergangenen Woche in der Rhein-Neckar-Zeitung veröffentlichten Bericht zum Volksbad im UG der Grundschule Neckargemünd zu behandeln. Dies wird im Gremium einstimmig befürwortet.

1: **Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2014 vom 11. März 2014**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Gemeinderäten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

2: **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung Nr. 4/2014 vom 11. März 2014 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister gibt die Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung entsprechend der Vorlage bekannt. Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

2.2: **Beratung:**

-

2.3: **Beschluss:**

-

3: **Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2014**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt, ebenso die im Verlauf der letzten Woche zusätzlich eingegangenen Haushaltsanträge der CDU und der Grünen. Die Antragsteller erläutern jeweils ihre Anträge, danach erfolgt jeweils die Stellungnahme der Verwaltung sowie die Aussprache. Die Anträge werden dem Protokoll ebenfalls als Anlagen beigegeben.

3.1 **Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2014: Professionelle Bürgerbefragung zur Linienführung der Busse durch die Neckargemünder Altstadt**

3.1.1 **Sachvortrag:**

Stadträtin von Reumont erläutert, die CDU spreche sich für eine professionelle Befragung aller Bürger in Neckargemünd und den Ortsteilen bezüglich sämtlicher durch Neckargemünd führenden Linien aus. Man halte dies für wichtig, um für die Zukunft gemeinsam mit den Bürgern einen tragfähigen Konsens herzustellen.

3.1.2 **Beratung:**

Bürgermeister Althoff erinnert an die Beschlusslage, dass die Linie 35 nach Abschluss des Hauptstraßen-Umbaus zunächst in einem Erprobungszeitraum von rund 1 Jahr durch die Hauptstraße fahren soll. Die Verwaltung rate dazu, die ersten Monate die Situation zu beobachten und mit der Diskussion, ob eine Befragung erforderlich ist, nicht vor der ersten Jahreshälfte 2015 zu beginnen.

Stadtrat Rehberger (Freie Wähler) pflichtet dem Bürgermeister bei, dato sehe er keinen Bedarf für eine Befragung. Er moniert zusätzlich, dass der Antrag keinen Finanzierungsvorschlag enthalte.

Stadtrat Schimpf (SPD) bekräftigt die Ausführungen von Stadtrat Rehberger. Er sieht die Gefahr, bei den Befragungen möglicherweise in Konflikt mit den Vorbereitungen für die Ausschreibung des Linienbündels Neckargemünd (2016) zu kommen. Für die Ausschreibung und deren Vorbereitung sei der Landkreis zuständig und müsse entsprechende Vorplanungen machen – man solle sich diesbezüglich einbringen, keinen „eigenen Topf aufmachen“.

Stadtrat Katzenstein (Grüne) unterstützt den CDU-Antrag. Wenn man 2014 keine Mittel einstelle, vergehe zu viel Zeit, und man müsse mit der Befragung warten, bis der nächste Haushalt 2015 verabschiedet ist. Es sei sinnvoll, bereits Ende 2014 mit den Befragungen beginnen zu können, und die für professionelle Befragungen dieser Art lange Vorplanungszeit berücksichtigen. Er regt außerdem an, auch die Fahrgäste und Gewerbetreibenden in die Befragung einzubeziehen.

Stadtrat Hertel (SPD) schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, in diesem Jahr ein entsprechendes Angebot einzuholen. Auch er rügt, dass im Antrag weder die zu erwartenden Kosten noch Deckungsvorschläge enthalten sind.

Stadtrat Schmitz-Günther (Grüne) sieht positiv, dass an eine repräsentative Befragung (statt nur einer Umfrage) gedacht ist, diese könne bessere Ergebnisse bringen. Er befürwortet eine rasche Befragung, damit bereits für die Verhandlungen mit dem Kreis bezüglich der Neuvergabe des Linienbündels Neckargemünd entsprechende Ergebnisse zur Verfügung stehen, die in die Planungen einfließen könnten.

3.1.3 **Beschluss:**

Die darauf folgende Abstimmung ergibt 11 Ja-Stimmen und 12 Gegenstimmen, damit ist der Antrag **abgelehnt**.

3.2: **Antrag der CDU-Fraktion vom 24.03.2014: Bau eines BMX-Parcours:**

3.2.1 **Sachvortrag:**

Stadtrat Ch. Rupp schätzt die Kosten auf 15.000 bis 20.000 Euro. Er schlägt vor, zunächst die Entscheidung der Dietmar-Hopp-Stiftung bezüglich der Bewerbung um einen „Alla Hopp“-Bewegungsparcours abzuwarten, bevor das Projekt realisiert werde, jedoch bereits jetzt die Planung voranzutreiben. Zur Kostendeckung sollen Mittel aus dem für die Sanierung des Schwimmbad-Dachs vorgesehenen Ansatz von 100.000 Euro abgezogen werden.

Bürgermeister Althoff stellt fest, die Verwaltung stehe der Realisierung eines BMX-Parcours positiv gegenüber. Allerdings sei der von der CDU-Fraktion geschätzte Betrag voraussichtlich viel zu niedrig; der Verwaltung liege eine Kostenschätzung über rund 40.000 Euro vor.

Auf die für das Schwimmbaddach vorgesehenen 100.000 Euro könne man keinesfalls zurückgreifen, da dies das absolute Minimum darstelle, um die notwendigsten Arbeiten ausführen zu können.

Stadtrat Rehberger hält es für unwahrscheinlich, dass in Anbetracht der äußerst angespannten Finanzlage in diesem Jahr eine Realisierung funktionieren könne. Einige Großprojekte seien noch nicht abgeschlossen. Auch Stadtrat Fritsch (Freie Wähler) spricht sich gegen den Antrag aus.

Stadtrat Schubert (SPD) spricht sich grundsätzlich für den Parcours aus, jedoch solle er nicht isoliert gesehen, sondern in die Bepanung des gesamten Areals rund um das Schwimmbad einbezogen werden. Er rät ebenfalls, zunächst das Ergebnis der Bewerbung um den Alla Hopp-Platz abzuwarten.

Stadtrat Katzenstein schlägt vor, in diesem Jahr schon Mittel einzustellen – betrachte man die übliche Realisierungsquote, werden nicht alle bereits vorgeplanten Maßnahmen umgesetzt werden. So denke er etwa an eine Planungsrate von ca. 5.000 Euro. Ob dann tatsächlich im Jahr 2014 mit dem Bau begonnen werde, könne man später entscheiden. Möglicherweise könne das Projekt billiger werden, wenn der Bauhof und das THW einen Teil der Arbeiten übernehmen. In den letzten Jahren sei viel für Kleinkinder und Senioren investiert worden – nun sollten auch die Jugendlichen an die Reihe kommen.

Stadtrat Hertel sieht die hohen Schätzkosten als Problem – vom Geld für das Schwimmbad könne nichts weggenommen werden, daher sollten allenfalls 15.000 Euro eingestellt werden.

Stadtrat Ch. Rupp erinnert an den Rückstand an Investitionen für Jugendliche. Er schlägt vor, 20.000 Euro einzustellen, um eine Planung zu ermöglichen, sowie (für den Fall, dass Neckargemünd keinen Alla-Hopp-Platz bekommt) den Bau. Wenn man nichts einstelle und keinen Ansatz im Haushalt habe, müsse man wieder ein Jahr warten, bis Mittel bereitgestellt werden könnten.

3.2.3 Beschluss

Der Gemeinderat beschließt mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen, 3 Ablehnungen und Rest Enthaltungen, **20.000 Euro** für den Bau eines BMX-Parcours in den Vermögenshaushalt 2014 aufzunehmen. Der Antrag ist damit **angenommen**.

3.3: **Antrag der SPD-Fraktion: Einstellen einer Planungsrate von 10.000 Euro für die Erneuerung der Oberen und Unteren Straße in Dilsberg:**

3.3.1 Sachvortrag:

Stadtrat Schimpf begründet den Antrag, als Erinnerungsposten eine Planungsrate einzustellen, damit gegen Ende des Jahres ausgeschrieben werden könne. Ansonsten habe er die Befürchtung, dass das Projekt auf Jahre wieder verschwinde.

3.3.2 Beratung:

Herr Seiz erläutert, dass die Planung schon vor Jahren abgeschlossen wurde. Die Verwaltung hatte ausgeschrieben, nachdem jedoch nur ein überbeuertes Angebot eingereicht worden war, wieder aufgehoben. Für die Planung entstehen damit keine Kosten, lediglich die Kosten für eine neue Ausschreibung. Mittel (Schätzkosten für die Gesamtmaßnahme: rund 800.000 Euro) für die Realisierung müssten im Haushalt 2015 eingeplant werden, sofern die Haushaltslage dies erlaube.

3.3.3 **Beschluss:**

Der Antrag ist lt. der Verwaltung bereits erfüllt, eine Abstimmung wird daher nicht herbeigeführt.

3.4 **Antrag der Grünen: 7.500 Euro für ein Radverkehrskonzept für Neckargemünd**

3.4.1 **Sachvortrag:**

Stadtrat Katzenstein ergänzt zu dem Antrag, es handle sich nicht nur um die Radwege selbst, sondern auch über weitergehende Dinge wie Abstellanlagen und Beschilderung. Ein Radverkehrskonzept eigenständig erstellen zu lassen, würde rund 15.000 Euro kosten.

3.4.2 **Beratung:**

Der Bürgermeister stellt fest, die Verwaltung befürworte den Antrag. Das gleiche Planungsbüro zu beauftragen, das ohnehin in Neckargemünd tätig sein werde, verspreche Synergieeffekte und Kostenersparnis. Für den ÖPNV und den Individualverkehr sei in den letzten Jahren bereits viel getan worden, für den Radwegbereich bestehe noch Nachholbedarf. Zur Finanzierung könne man Mittel heranziehen, die von der SPD bei Antrag 3.3 vorgeschlagen (Hhst. 2.6150.960000, Baumaßnahmen), jedoch dort nicht gebraucht werden, da der Antrag bereits erfüllt ist.

Stadtrat Volk (Freie Wähler) mahnt grundsätzlich zur Vorsicht bei der Abwägung von zusätzlichen Ausgaben: man könne nicht von „Einsparungen“ reden, wenn man auf Maßnahmen verzichte, die ohnehin mit Krediten hätten finanziert werden müssen.

3.4.3 **Beschluss:**

Der Antrag wird einstimmig, bei 1 Enthaltung, **angenommen. 7.500 Euro** sind in den Haushalt 2014 aufzunehmen.

3.5 **Antrag der Grünen: 7.500 Euro für den Austausch ineffektiver Heizungspumpen in städtischen Gebäuden**

3.5.2 **Beratung:**

Der Bürgermeister führt aus, der Austausch defekter Pumpen sei ein Geschäft der laufenden Verwaltung, nicht im Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates, der Antrag damit unzulässig. Defekte Pumpen werden von der Verwaltung regelmäßig durch energiesparendere ersetzt; man wolle aber nicht grundsätzlich funktionierende Pumpen austauschen, nur weil es auf dem Markt möglicherweise energiesparendere gebe.

Stadtrat Schimpf erinnert, dass Projekte dieser Art Aufgaben des neu eingerichteten Klimaschutzbeirates sein sollten.

Stadträtin Groesser (Grüne) verteidigt den Antrag als prinzipielle Entscheidung, es gehe um die generelle Vorgehensweise. Stadtrat Katzenstein ergänzt, die Stadt sei bei der Umsetzung des Klimaschutzgutachtens hinter dem Zeitplan und sollte nun die Maßnahme umsetzen, um als Vorbild voranzugehen. Der Bürgermeister widerspricht dem Vorwurf, die Stadt sei „hintendran“- Neckargemünd sei eine der ersten Gemeinden, die ein Klimaschutzgutachten verabschiedet haben und die einen Klimaschutzbeirat haben. Dies sei das Verdienst aller Fraktionen, die sich seit Jahren für den Klimaschutz einsetzen und an einem Strang ziehen.

3.5.3 **Beschluss:**

Vgl. 3.5.2, 1. Abschnitt; eine Abstimmung wird nicht herbeigeführt. Es werden keine Mittel eingestellt.

4: **Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2014**

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Rechnungsamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Der Bürgermeister informiert, dass in Ergänzung zum bisherigen Planungsstand des Zahlenwerks **15.000 Euro für dringende Brandschutzmaßnahmen an der Grundschule Dilsberg** in den Haushalt 2014 aufgenommen werden müssen.

Zusätzlich nimmt er Bezug auf die Bürgerinformation zum städtischen Haushalt am 20.03.2014 und die diesbezügliche Berichterstattung in der Rhein-Neckar-Zeitung und stellt klar, dass die **Personalkosten** nicht von 14 % auf 21 % gestiegen sind, sondern zunächst umgekehrt - gesunken, von 21 auf 14 %. Durch personelle Engpässe vor allem in der Kleinkindbetreuung und im Bauhof, Tarifierhöhungen und Mehrbedarf an Personal aufgrund zusätzlicher Übertragung von Aufgaben an die Stadtverwaltung erhöhten sich in der Folge die Personalkosten auf rund 18,5% des Verwaltungshaushaltes – eine im Vergleich mit anderen Gemeinden der gleichen Größenordnung leicht unterdurchschnittliche, aber noch ausreichende Personalausstattung.

Herr Arnold gibt die geänderten Eckwerte des Haushaltes aufgrund der heutigen Entscheidungen bekannt (überholte Werte in Klammern):

- Zuführung zum Vermögenshaushalt (744.900 Euro), jetzt 737.400 Euro;
- Rücklagenentnahme (1.761.900), jetzt 1.779.400;
- Kreditaufnahmen: 1.525.000 Euro.
- Haushaltsvolumen: 42.262.100 Euro,
davan Verwaltungshaushalt: 36.251.800 Euro, Vermögenshaushalt: 6.010.300 Euro.

4.2: **Beratung:**

Die Fraktionen nehmen Stellung zum Haushalt 2014. Die jeweiligen Haushaltsreden werden dem Protokoll als Anlagen beigegeben.

Im Anschluss an die Rede der Grünen verwehrt sich der Bürgermeister gegen den Vorwurf, die Verwaltung habe erst durch entsprechende Aufforderung der Grünen einen kostengünstigen Ausschreibungsmodus umgesetzt. Die Verwaltung verfüge über das entsprechende Fachwissen, um geldsparend auszuschreiben.

4.3: **Beschluss:**

Haushaltssatzung der Stadt Neckargemünd für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der derzeit geltenden Fassung hat der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd am 25. März 2014 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1. den Einnahmen und Ausgaben von je	42.262.100 €
davon im Verwaltungshaushalt	36.251.800 €
im Vermögenshaushalt	6.010.300 €
2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung von	1.525.000 €
3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	0 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 €

Nachrichtlich:

Die nachfolgend aufgeführten Realsteuer-Hebesätze wurden in der Hebesatzsatzung vom 10.05.2005, zuletzt geändert am 17.11.2009, festgesetzt und werden hier nur nachrichtlich wiedergegeben. Sie betragen

1. für die Grundsteuer
 - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 320 v.H.
 - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 380 v.H.
 der Steuermessbeträge;
2. für die Gewerbesteuer 340 v.H.
 der Steuermessbeträge.

Neckargemünd, den 25.03.2014
Horst Althoff
Bürgermeister

5: **Verkehrskonzept für die Altstadt Neckargemünd:
- Gestaltung Platz Spitalgasse/Hauptstraße**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Stadtbauamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt. Herr Seiz ergänzt, dass bei der letzten Besprechung im Gemeinderat die Pflanzfläche als zu groß empfunden worden war, daher erfolgte eine entsprechende Umpflanzung, wobei ein relativ ebener Platz entstehen würde, sowie eine Treppenanlage und eine Bank vor dem Pflanzbeet. Je nach Ausführung (vom Ingenieurbüro Willareth auf ca. 24.000 Euro geschätzt) sei ein Kostenersparnis möglich. Teuerste Variante: Pflasterung mit Akiuco-Granit wie in der Hauptstraße; jedoch auch Porphyr wie auf dem Marktplatz oder Betonsteine wie auf dem Waltscher Platz kämen in Frage.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Eisenhauer (CDU) macht Sparvorschläge: auf die Treppenanlage ganz verzichten und einen barrierefreien Zugang über die Spitalgasse vornehmen, die alte Begrenzung des Pflanzbeets behalten und durch Abstrahlen säubern sowie das Blumenbeet bis zur „Anker“-Mauer vorziehen. Stadträtin Endler (Grüne) schließt sich bezüglich der Treppenanlage den Ausführungen an. Sie schlägt ergänzend vor, zwei Bänke aus dem Museumsgarten, die am dortigen Standort nicht genutzt werden, aufzuarbeiten und auf den Platz zu versetzen. Zusätzlich spricht sie sich dafür aus, Betonsteine wie auf dem Waltscher Platz zu verwenden.

Stadtrat Volk sieht bei jeglicher Umgestaltung eine Verbesserung. Auch er spricht sich für den Verzicht auf die Treppenanlage und eine „abgespeckte“ Gestaltung aus. An dieser Stelle der Altstadt könne ein kleiner Akzent, der etwas von der umliegenden Gestaltung abweiche, eher reizvoll wirken.

Stadtrat Hertel schließt sich den Vorrednern an und schlägt vor, sofern noch Reste gelagert seien, Porphy-Pflastersteine vom Marktplatz zu verwenden; falls nicht, Betonsteine wie auf dem Waltscher Platz.

Auch Stadtrat Holschuh (Freie Wähler) spricht sich ähnlich aus – eine teure Platzgestaltung sei wenig sinnvoll, denn man wisse nicht, was künftig mit dem benachbarten „Anker“-Komplex passiere.

Stadträtin Groesser hat Bedenken, die gewünschte Nivellierung des Platzniveaus werde ausbleiben, sofern das alte Pflanzbeet erhalten bleibe. Herr Seiz antwortet, auch durch die angedachte Anhebung hätte man die Fläche nicht vollkommen eben gestaltet – sonst könne das Wasser nicht ablaufen. Er räumt ein, bei einem Neubau hätte das Pflaster etwas weniger Gefälle gehabt, aber auch bei der sich nun abzeichnenden einfacheren Version betrage das Gefälle nicht mehr als 15 cm auf 4 m.

Stadtrat Ch. Rupp bittet, in das Pflanzbeet keine Stein-Anlage zu setzen, sondern richtige Pflanzen.

Stadträtin von Reumont überlegt, ob das Aufbringen von Holz-Sitzauflagen auf das Pflanzbeet anstatt einer Bank davor vorzuziehen sei. Herr Seiz antwortet, die Bank vor dem Beet habe ihre Berechtigung für Leute, die auf den Bus warten; wenn sie weiter hinten auf einer Holz-Sitzfläche in Höhe des Pflanzbeetes sitzen, können sie wegen der „Anker“-Hauswand den herannahenden Bus nicht sehen.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat entscheidet einstimmig zur städteplanerischen Ausgestaltung der Altstadt die Gestaltung des Platzes Spitalgasse/Hauptstraße in Abwandlung der vorgelegten Pläne mit folgenden Vorgaben:

- Verzicht auf den Bau einer Treppenanlage; Herstellung eines barrierefreien Zuganges über die Spitalgasse;
- Erhalt und Reinigung der Sandsteinmauer zum „Anker“-Komplex hin;
- Erhalt und Reinigung des vorhandenen Pflanzbeetes; dieses ist zum „Anker“-Komplex hin zu verlängern;
- Aufschüttung und Aufpflasterung des hinter dem Pflanzbeet liegenden Geländes, wenn möglich mit Altbeständen der auf dem Marktplatz verwendeten Porphyripflastersteine, ansonsten Verwendung von Betonpflastersteinen analog Waltscher Platz;

- Aufstellung einer Sitzbank vor dem Pflanzbeet.

Die Entscheidung, ob zwei Sitzbänke aus dem Museumsgarten auf den Platz versetzt werden sollen, wird aufgeschoben, bis die obigen Maßnahmen abgeschlossen sind, und ist ggf. zu realisieren, sofern es die Platzverhältnisse dann noch erlauben. Die Verwaltung wird mit der Durchführung der obigen Maßnahmen beauftragt.

6: **Erweiterung der Kernzeitbetreuung an der Grundschule Dilsberg-Mückenloch**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des Hauptamtes ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt und wird von Frau Henkel kurz erläutert.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Berroth (SPD) fragt, ob gewährleistet sei, dass die Eltern das zusätzliche Angebot auch tatsächlich annehmen. Frau Henkel antwortet, garantieren könne man das nicht; in der Regel zeige sich aber immer, dass ein bestehendes Angebot auch angenommen werde. Stadträtin von Reumont spricht sich uneingeschränkt für das neue Angebot aus, im Interesse der berufstätigen Mütter.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Erweiterung der Kernzeitbetreuung an der Grundschule Dilsberg-Mückenloch auf Betreuungszeiten von Montag bis Donnerstag bis 17.00 Uhr.

7: **Verschiedenes**

7.1: **Aufstellung einer stationären Messanlage für die B 37**

Die Tischvorlage, der Aktenvermerk über den Ortstermin am 10.03.2014 zur Festlegung des Standortes, wird dem Protokoll als Anlage beigelegt; sie wird vom Bürgermeister erläutert. Das Landratsamt erbittet eine Rückmeldung, ob die Stadt Neckargemünd den favorisierten Standort an der Aral-Tankstelle wünscht, bis zum 26.03.2014.

Stadtrat Hertel sieht am Standort Aral-Tankstelle einen Unfallschwerpunkt von Heidelberg kommend, vor allem nachts, in der Gegenrichtung werde das Blitzgerät von den Autofahrern gewiss anders empfunden. Es gebe andere Standorte, die sinnvoller sein könnten, etwa wo Schulwege die Straße kreuzen. Man habe aber keine Alternative.

Auf seine Frage nach den Einnahmen antwortet der Bürgermeister, dass die Geldstrafen an den Rhein-Neckar-Kreis zu zahlen sein würden; die Stadt Neckargemünd profitiere von den Anlagen allein dadurch, dass sich die Verkehrssicherheit verbessert.

Stadtrat Keller (SPD) signalisiert die Ablehnung des Standortes, diesen hält er für „Abzocke“. Im Bahnhofsbereich sei die Aufstellung sinnvoller.

Stadtrat Volk ist der Auffassung, die „Blitzer“ würden in jedem Fall Wirkung zeigen, da die Autofahrer zunächst abbremsten, um nicht geblitzt zu werden, und in der Folge meist langsamer fahren. Obwohl der Standort möglicherweise nicht optimal sei, sei er dennoch besser als gar keine Messanlage.

Stadträtin Groesser spricht sich ähnlich aus und äußert Hoffnung, dass die Lärmbelastung auf der B 37 verringert wird, wenn weniger Raser durchfahren.

Der Bürgermeister hält es für sinnvoll, beim Rhein-Neckar-Kreis darauf zu drängen, dass der Kreis die Maßnahme vorab in der Presse bekannt gibt.

In der darauf folgenden Abstimmung sprechen sich 15 Stadträte für den Standort aus, 2 dagegen, 6 Stadträte enthalten sich der Stimme. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zustimmung entsprechend an den Rhein-Neckar-Kreis weiterzugeben.

7.2 **Berichterstattung über das Volksbad im UG der Grundschule Neckargemünd**

Stadtrat Volk nimmt Bezug auf einen Artikel, der am vergangenen Samstag in der Rhein-Neckar-Zeitung mit dem Titel „Volksbad überraschte die Denkmalschützer“ erschienen ist. Darin wird über die Planungen der Stadt zum Ausbau des UG berichtet unter dem Aspekt, dass die Umbauplanungen voraussichtlich durch die Aufnahme des alten Volksbades in die Denkmalschutzliste erschwert würden. In der Sitzung am 25. Februar habe Stadträtin Endler die Frage des Denkmalschutzes angesprochen und von Herrn Baumeister die Auskunft bekommen, das Bad sei hierfür voraussichtlich zu stark verfallen. Er möchte wissen, seit wann im Gebäudemanagement bekannt gewesen sei, dass das Bad unter Schutz steht. Im gesamten Gremium wird Unverständnis geäußert, da die Unterschutzstellung in der bisherigen Behandlung der Thematik nicht erwähnt worden war und man daher davon ausgegangen sei, der Denkmalschutz stehe dem Projekt nicht entgegen. Nun sei man durch die Berichterstattung der RNZ komplett überrascht worden. Diese Einschätzung bestätigt auch der Bürgermeister, er habe ebenfalls erst über die RNZ von der Unterschutzstellung des Volksbades erfahren. Er berichtet, er habe die Frage, seit wann der Schutzstatus dort bekannt sei, ebenfalls bereits an das Gebäudemanagement gestellt. Da der Amtsleiter jedoch die ganze Woche krankgeschrieben sei, sei noch keine Antwort zu erhalten gewesen. Die Verwaltung sei derzeit mit der Informationsgewinnung beschäftigt und werde anschließend prüfen, welche Vorgehensweise bzw. rechtlichen Schritte die Stadt ergreifen könne.

Stadträtin Endler regt an, ggf. über eine teilweise Aufstellung von Wannen im Museum nachzudenken. Sie erinnert an die im Gremium bereits angeregte Ortsbegehung. Der Bürgermeister bestätigt, dass die Verwaltung diese vorbereitet.

7.3 **Denkmalschutz bez. Rat- und Schulhaus Mückenloch**

Stadtrat Eisenhauer fragt nach dem Sachstand. Der Bürgermeister erläutert, das Rat- und Schulhaus sei in die Liste der denkmalgeschützten Gebäude aufgenommen; dies habe er heute erfahren.

7.4 **Präsentation bei der Bürgerinformation „Städtischer Haushalt 2014“**

Stadtrat Fritsch übermittelt den Dank eines Bürgers für die gute Präsentation.

7.5 **Verkehrsprobleme durch LKW-Durchfahrten in der Altstadt**

Stadtrat Fritsch berichtet von in den letzten Zeit gehäuft auftretenden Vorfällen, dass LKWs in die Altstadt einfahren und es durch die Baustelle sowie bestehenden engen Straßenverhältnisse zu großen Staus kommt. Er regt eine Überprüfung der bestehenden Beschilderung an, sowie der Ampelanlage auf der B 45 Richtung Klein-

gemünd.

Der Bürgermeister antwortet, die Leistungsfähigkeit dieser alten Ampelanlage sei nicht mehr gegeben; die Verwaltung wolle nachfragen, wann mit einer neuen Anlage zu rechnen sei.

7.6 **Kurzzeitparkplätze in der Altstadt**

Stadtrat Schmitz-Günther nimmt Bezug auf die „Kurzzeitparker“-Regelung, die 1 Std. Parken erlaubt. Ohne weitere Zusatzschilder gelten seiner Einschätzung nach diese Regeln rund um die Uhr. Er halte dies nicht für sinnvoll; die kurze Parkdauer sollte nur auf die Geschäftszeiten begrenzt sein, es jedoch erlauben, in den anderen Zeiten länger stehen zu bleiben. Stadtrat Hertel erläutert, im Parkraumkonzept sei vorgesehen, die kurze Parkdauer wie erwähnt nur für die Geschäftszeiten vorzusehen; in der jetzigen provisorischen Situation gelte die kurze Parkdauer 24 Stunden. Eine Prüfung wird angeregt, ob für die Dauer bis zur Einführung des Parkraumkonzeptes entsprechende Zusatzschilder („8 – 19 Uhr“) angebracht werden sollen.

7.7 **Mäharbeiten Dilsberger Straße**

Ortsvorsteher Hoffmann dankt der Stadtverwaltung dafür, dass die Grünfläche Dilsberger Straße gemäht wurde; das Erscheinungsbild sei als Eingangsportal für den Dilsberg wichtig. Im Zuge des Mähens seien auf den Flächen befindliche Abfälle teilweise zerhäckselt worden; er gehe davon aus, dass diese noch entfernt werden.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Volk

Die Schriftführerin

Stadträtin Groesser